

Vorbereitungen auf Hochtouren

Die Vorbereitungen für das neue Bundesverwaltungsgericht laufen auf Hochtouren: Kernsanierung des neuen Gebäudes, legislative Anpassung von über 100 Gesetzen und Personalsuche.

Im dritten Wiener Gemeindebezirk wird in weniger als einem Jahr das neue Bundesverwaltungsgericht eröffnet. In fast 40 Verhandlungssälen werden über 33.000 Verfahren in den Bereichen Soziales, Wirtschaft, Umwelt, Fremden- und Asylwesen sowie persönliche Rechte (wie etwa Disziplinar- und Besoldungsrecht, Waffenrecht, Kosten- und Gebührenangelegenheiten oder das Strafvollzugsgesetz) jährlich abgewickelt.

„In Zukunft werden in zweiter Instanz hochspezialisierte Richterinnen und Richter bei Problemen mit Behörden entscheiden. Rechtsschutzsuchende, die mit erstinstanzlichen Bescheiden unzufrieden sind, können sich dann direkt an ein unabhängiges Gericht wenden“, erläutert Mag. Harald Perl, Präsident des zukünftigen Bundesverwaltungsgerichts und derzeit Präsident des Asylgerichtshofes. Vizepräsident Dr. Michael Sachs, derzeit Vorsitzender des Bundesvergabeamtes, ergänzt: „Alle Behörden werden in Zukunft durch Gerichte kontrolliert. Die gesamte Verwaltungsgerichtsbarkeit ist damit transparenter und überschaubarer, als dies jetzt der Fall ist.“ Insgesamt werden damit 120 Sonderbehörden auf Bundes- und Landesebene aufgelöst – darunter das Bundesvergabeamt und die Datenschutzkommission.

Das größte Gericht Österreichs wird in der Erdbergstraße 192-196 beim Business-Park „Town-Town“ in Wien untergebracht sein, wo sich derzeit das Finanzamt 1030 befindet. Die Räume



Harald Perl, zukünftiger Präsident des Bundesverwaltungsgerichts (rechts) und zukünftiger Vizepräsident Michael Sachs.



Asylgerichtshof-Richter Alexandra Schrefler-König und Thomas Marth: Die 250 Bediensteten des Asylgerichtshofs werden in das Bundesverwaltungsgericht übernommen.

werden saniert und sollen im Spätherbst bezugsfertig sein. 40 Verhandlungssäle, 25 Besprechungsräume, 230 Büroräume, Teeküchen und Sozialräume sollen ein attraktives Arbeitsumfeld für die etwa 370 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bieten. Die direkte Anbindung an das U-Bahnnetz (U3-Station Erdberg) und die Nähe zur A 23 sind gewährleistet.

Drei Außenstellen. Das Bundesverwaltungsgericht wird überdies Außenstellen haben – in Linz, in Innsbruck und in Graz. Die Arbeiten für die notwendigen gesetzlichen Grundlagen sind voll im Gang. Derzeit werden das neue Organisationsrecht, das Verfahrensrecht und die dienstrechtlichen Voraussetzungen im Nationalrat beraten. Zug um Zug müssen 2013 mehr als 100 Materiengesetze aus den unterschiedlichen Bereichen angepasst werden.

Auch die Vorbereitungen für die Personalaufnahmen laufen auf Hochtouren. Neben den 250 Bediensteten des Asylgerichtshofs und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Bundesvergabeamt, die ein Recht auf Übernahme in das Bundesverwaltungsgericht haben, muss das Personal aufgestockt werden. Im ersten Schritt werden bereits zu Jahresbeginn 2013 80 Planstellen für Richterinnen und Richter ausgeschrieben, in weiterer Folge dann juristisches Fachpersonal, Referentinnen und Referenten sowie Schreibkräfte. Bei einem Informationstag Anfang 2013 können Interessierte Details erfahren.

Dagmar Strobel-Langpaul

VERWALTUNGSGERICHTSBARKEIT

Verwaltungsgerichte

Ab 1. Jänner 2014 gibt es in der Verwaltungsgerichtsbarkeit ein zweistufiges Verfahren. Mit der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 (BGBl I Nr. 51/2012) wird in jedem Bundesland ein Verwaltungsgericht erster Instanz eingerichtet, das bei Be-

schwerden gegen eine Verwaltungsbehörde entscheidet; die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte können beim Verfassungsgerichtshof und in Fällen einer „Revision“ beim Verwaltungsgerichtshof angefochten werden. Für den Bund wird es das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesfinanzgericht geben.